



Biden stellt der Schweiz Privilegien in Aussicht

Es gibt Redebedarf. Vergangene Woche haben sich Vertreter von Schweizer und US-Regierung in Washington im Rahmen der gemeinsamen Wirtschaftskommission beider Länder getroffen. Die Sorge der Schweiz: der sogenannte Inflation Reduction Act (IRA). Das grösste Klimaschutzgesetz der US-Geschichte «kann möglicherweise negative Auswirkungen auf die schweizerische Wirtschaft haben», wie «Finanz und Wirtschaft» aus dem Seco erfahren hat. Auch die EU hat das bereits für ihre Wirtschaft moniert.

Konkret geht es darum, wie der 369 Mrd. \$ schwere IRA beim Kauf von Elektroautos Steuernachlässe von bis zu 7500 \$ einräumt. Dafür müssen die Fahrzeuge aber in den USA zusammengebaut werden sowie ihre Batterien und die Rohstoffe dafür entweder aus den USA oder Ländern stammen, die mit Amerika ein Freihandelsabkommen (FHA) haben. Die EU und die Schweiz zählen nicht dazu, und ihre Chance auf ein FHA mit den USA ist laut Glen Duerr, Politikprofessor an der Cedarville University, «praktisch null».

Keine Chance

Während Schweizer Unternehmen gemäss der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer vom IRA stark profitieren könnten, fürchtet die Politik die Verlagerung von Jobs aus der Schweiz und Europa. So überlegt unter anderem der

Schweizer Elektrokomponentenhersteller Lem, eine Produktion in Nordamerika aufzubauen, wie FuW erfahren hat.

Die US-Regierung versucht nun, die Wogen zu glätten, und will die geeinte westliche Front gegen Aggressor Russland im Ukrainekrieg nicht durch dieses Störfeuer belasten. Wie FuW aus dem US-Aussenministerium erfahren hat, «gibt es laut Präsident Biden Möglichkeiten, wie wir auf die Bedenken Europas eingehen können».

Dafür würden mit der Schweiz und der EU noch weitere «substantielle Konsultationen» folgen, doch am Ende könnten gemäss Biden die europäischen Verbündeten innerhalb des IRA den FHA-Partnern der USA gleichgestellt werden. Vonseiten Washingtons gibt es laut Seco «die Bereitschaft, mit Partnerländern, einschliesslich der Schweiz, Flexibilitäten auszuloten».

EU könnte nachziehen

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat darüber hinaus bereits «neue und zusätzliche Finanzierung» für einen IRA à la EU gefordert, wogegen sich aber sogleich der deutsche Finanzminister Christian Lindner ausgesprochen hat, wenn das «neue gemeinsame europäische Schulden» bedeute.

Die niederländische Finanzministerin Sigrid Kaag plädiert hingegen dafür, die zahlreichen bestehenden Gesetze in diesem Bereich in den europäischen Ländern zusammenzufassen und neu zu fokussieren. In der Schweiz ist ein IRA dagegen kein Thema. «Aus Sicht der Schweiz ist ein möglicher Subventionswettbewerb mit der EU ein Negativszenario», heisst es aus dem Seco.

VA, New York